

Rundbrief Mongolei Mai 2016

Goldabbau am „Fürstenberg“ durch Centerra Gold vorerst gestoppt

Überraschend hat ein mongolisches Gericht die Lizenzen der kanadischen Centerra Gold für den Goldabbau in Gatsuert (Provinz Selenge) eingezogen. Damit haben Umweltschützer einen ersten Sieg in einem jahrelangen Streit um diese neue Goldmine erzielt.



Die Kläger vor dem Gericht. Zweiter von links vorne: Munkhbayar; hintere Reihe zweiter von links: Beejin

Die Klage war eingereicht worden von einem breiten Bündnis von Umweltschützern, unter ihnen der zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilte Ts. Munkhbayar. Er war aufgrund einer ein halbes Jahr vor den Parlamentswahlen ausgesprochenen Amnestie Anfang des Jahres freigekommen. Die Kläger gehören unterschiedlichen Gruppierungen an, haben sich aber in Bezug auf die Wahlen im Juli zu einer gemeinsamen Position durchgerungen. Zu diesen Gruppen gehören u.a. die Umweltschützer von „Gal Undesten“ von Ts. Munkhbayar, die „Aufrechten Blauen Mongolen“ um Beejin Khastamur (wir berichteten über seine Inhaftierung; auch er ist wieder auf freiem Fuß) sowie weiteren Organisationen der Zivilgesellschaft.

Wir haben mehrfach über den Widerstand gegen den geplanten Goldabbau am „Nojon Uul“ (Fürstenberg) nördlich von Ulanbaatar am Fluss Kharaa berichtet. Das dortige Abbaugelände sollte durch die kanadische Firma Centerra Gold erschlossen werden, wobei die Infrastruktur der mittlerweile erschöpften Mine in Boroo in einer Entfernung von 55 Kilometern genutzt werden sollte. Insgesamt soll die neue Lagerstätte etwa 75 Tonnen Gold enthalten. Pro Tonne Erz wird ein Goldgehalt von 1,6 Gramm angenommen, von denen 1,4 Gramm gewonnen werden können. Insgesamt will Centerra in den ersten zweieinhalb Jahren etwa 3,6 Millionen Tonnen Erz nach Boroo transportieren und aufbereiten.

Bei angenommenen 90 Tonnen-LKW (solche LKW sind für den Erztransport in Skandinavien im Einsatz) entspricht dies 40.000 Transporten in diesen zweieinhalb Jahren. Dies entspricht etwa 100 Fahrten täglich von schwersten Transportern über diese unbefestigte Strecke. Zusätzlich sollen in dieser Zeit die Anlagen in Boroo um eine BIOX-Anlage ergänzt werden. Bei diesem Verfahren wird das Erz mithilfe von Mikroorganismen aufgespalten und es wird ein höherer Goldanteil gewonnen als mit früheren Verfahren.





Rundbrief Mongolei Mai 2016

Dann sollen mit diesem Verfahren weitere 13,5 Millionen Tonnen Erz aufbereitet werden. Dies sind weitere 150.000 Transporte in einem unbekanntem Zeitraum. Zuletzt hatten Aktivisten der verschiedenen Umweltbewegungen durch einen Hungerstreik im Winter 2014/2015 ihren Widerstand bekundet. Der Hungerstreik wurde gewaltsam aufgelöst. Die Argumentation des Widerstands betraf dabei unterschiedliche Punkte:

- Zum einen die Tatsache, dass der Fürstenberg die wichtigste bisher bekannte archäologische Fundstelle für die Zeit der Xiongnu ist, deren Steppenimperium um die Zeitenwende eines der größten Reiche Mittelasiens dargestellt hat. Diese Fundstelle würde durch den Goldabbau unwiederbringlich zerstört.
- Zum zweiten: Die Abholzung des Waldes (es waren schon ohne Genehmigung über 80 Hektar gerodet worden) zerstört den empfindlichen Wasserhaushalt der gesamten Region. Speziell die ausgedehnten Wälder an der Kharaa sind entscheidend für die Speicherung der Niederschläge über das gesamte Jahr hinweg. Sowohl die Weiden der Tierhalter als auch die Trinkwasserversorgung des gesamten Gebiets hängen von diesen Wäldern ab.
- Hinzu kommen die Umweltschäden durch den Transport. Wer heute in der Mongolei in der Umgebung von Minen unterwegs ist, kann die verheerenden Auswirkungen des LKW-Verkehrs besichtigen.
- Und schließlich: Der Goldbergbau stellt eine immense Bedrohung der Qualität des Fließwassers dar. Goldbergwerke sind heute als gefährliche Chemiefabriken neben einem riesigen Steinbruch anzusehen. Speziell Centerra Gold hat in Kirgistan in der größten Mine Mittelasiens in Kumtor schon einmal einen Zyanid-Unfall zu verantworten.

Das Genehmigungsverfahren für die neue Mine sprach allen Gesetzen der Mongolei Hohn: Das als „Gesetz mit dem langen Namen“ bekannte Umweltgesetz schützt sämtliche Fließgewässer, die Quellgebiete der Flüsse inklusive der Quellsümpfe sowie den Wald. In der Vergangenheit war es aber immer so, dass all diese Einwände und Gesetze kaum eine Mine verhindert haben. So meldete Centerra Gold am 5. Februar 2016 (vor-schnell) den Erfolg:

„Canadian miner Centerra Gold (TSX:CG) can finally proceed with plans for developing its 1.6-million ounce Gatsuurt gold deposit near its Boroo Mine, Mongolia's parliament ruled Thursday. The decision, which comes after five years of negotiations, grants Centerra a 66% ownership in the project, with the government of Mongolia holding the remaining 34% of equity.“ (<http://www.mining.com/centerra-can-go-ahead-with-new-gold-mine-in-mongolia/>)“

(Die kanadische Firma Centerra Gold kann nun abschließend mit der Entwicklung der Goldmine Gatsuurt beginnen, in der 1,6 Millionen Unzen Gold liegen. Dies entschied das mongolische Parlament. Die Entscheidung fiel nach fünf Jahren Verhandlungen. Centerra hält 66%, die mongolische Regierung 34% an der Mine).

Doch auch Rohstoffkonzerne sollen den Tag nicht vor dem Abend loben. Das Verwaltungsgericht kassierte erst einmal alle Lizenzen von Centerra Gold und stoppte damit die weitere Erschließung. Auf den Einwand der Centerra Gold-Anwälte, dieses Urteil zerstöre eine Investition in Millionenhöhe, entgegneten die Kläger lakonisch: Jede spätere Entscheidung würden den Schaden nur noch vergrößern.

Centerra will in Berufung gehen.





Rundbrief Mongolei Mai 2016

Oh wie schön ist Panama

Die Enthüllung der Panama-Papers hat Wellen bis in die Mongolei geschlagen. Insgesamt etwa 40 Namen tauchen in der Datenbank mit Herkunft Mongolei auf. Auch wenn offensichtliche Doppelnennungen aufgrund von unterschiedlichen Schreibweisen der Namen abgezogen werden, bleiben es noch über 30 Namen. Teilweise tauchen hier mehrere Mitglieder größerer Clans auf. Hinzu kommt mindestens ein weiterer Name, der in der Datenbank fälschlicherweise unter China eingeordnet wurde: S. Bayartsogt, derzeit Mitglied in der Regierung.

	Linked To	Data From
CRMI CO., LTD	Mongolia	Panama Papers
Bolorchimeg Boldbaatar	Mongolia	Panama Papers
JOHN F BARGHUSEN	Mongolia	Panama Papers
SAIKHANDAVAA ULZIIKHISHIG	Mongolia	Panama Papers
Enkh-Amgalan Munkhnast	Mongolia	Panama Papers
Boldmaa Eremgiidori	Mongolia	Panama Papers
Tsogt Natsagdori	Mongolia	Panama Papers
Batzorig Bayar	Mongolia	Panama Papers
ULEMJ ISHJAMTS DAMDIN	Mongolia	Panama Papers
Li Guogang	Mongolia	Panama Papers
Bold Jambalsuren	Mongolia	Panama Papers
TSOGT NATSAGDORJ	Mongolia	Panama Papers
Sergelen Tsendsuren	Mongolia	Panama Papers
Tsogt Natsagdori	Mongolia	Panama Papers
MUNKHJARGAL SEDBAZAR	Mongolia	Panama Papers
Buren-Erdene KHULDORJ	Mongolia	Panama Papers
Fan Wenshuang	Mongolia	Panama Papers
Oyungerel Janchiv	Mongolia	Panama Papers
BATSAIKHAN SARUULBAYAR	Mongolia	Panama Papers
BAT-UUL CHULUUDAI	Mongolia	Panama Papers
Ankhubayar Khurlee	Mongolia	Panama Papers
SAINBAYAR SAINJARGAL	Mongolia	Panama Papers
KHUREL KHANDJAV	Mongolia	Panama Papers
BUM-ERDENE KHARIYU	Mongolia	Panama Papers
Batbayar Davaa	Mongolia	Panama Papers
Bat-Erdene BATKHUYAG	Mongolia	Panama Papers
Bayaraa Mongol	Mongolia	Panama Papers
Bat-Ochir Sukhbaatar	Mongolia	Panama Papers
HOU XIAO NING	Mongolia	Panama Papers
BATBAYAR DAVAA	Mongolia	Panama Papers
BUM-ERDENE KHARIYU	Mongolia	Panama Papers
BATZORING CHIMEDDORJ	Mongolia	Panama Papers
BATZORIG CHIMEDDORJ	Mongolia	Panama Papers
Davaanyam CHOINDON	Mongolia	Panama Papers
Shagdardulam SAMBALKHUNDEV	Mongolia	Panama Papers
Budragchaa, Tseenee	Mongolia	Panama Papers
Batzorig CHIMEDDORJ	Mongolia	Panama Papers
DAVAANYAM CHOINDON	Mongolia	Panama Papers
Batzorig CHIMEDDORJ	Mongolia	Panama Papers
Davaanyam CHOINDON	Mongolia	Panama Papers
Ankhubayar Khurlee	Mongolia	Panama Papers
BATZORIG CHIMEDDORJ	Mongolia	Panama Papers
BATZORIG CHIMEDDORJ	Mongolia	Panama Papers
Enkh-Amgalan Munkhnast	Mongolia	Panama Papers
DELGERSAIKHAN BORKHUU	Mongolia	Offshore Leaks
DELGERSAIKHAN BORKHUU	Mongolia	Offshore Leaks
Liu Yao Gang	Mongolia	Offshore Leaks
OCHIRSUKH YANSANJAV	Mongolia	Offshore Leaks
Yang Gui Xiang	Mongolia	Offshore Leaks



Rundbrief Mongolei Mai 2016

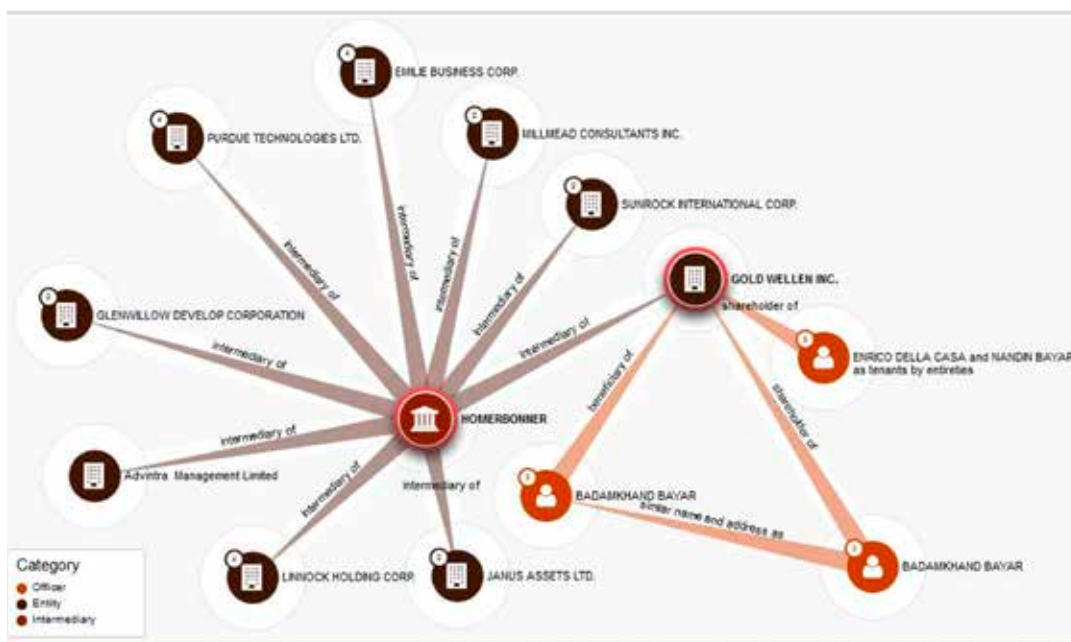
Von besonderer Brisanz ist der Name des ehemaligen Ministerpräsidenten Su. Batbold, der von 2009 bis 2012 Ministerpräsident (MVP) gewesen ist, sowie der des ehemaligen Umweltministers Tsogetbaatar. Beide hatten Anteile an der BATU Mining Company, die 170 Bergbaulizenzen besaß. Mittlerweile ist die BATU Mining Company in russischem Besitz. Batbold behauptet, seine 11,9% der Anteile zu demselben Preis 2003 gekauft zu haben wie er sie dann 2005 ohne Gewinn wieder verkauft hätte. Tsogetbaatar erklärte, er sei nur Strohmännchen eines australischen Freundes gewesen, um dem ausländischen Investment einen nationalen Anstrich zu geben.

(siehe: <http://mongolianeconomy.mn/en/i/8928>).

Man darf vermuten, dass diese Rolle fürstlich entlohnt wurde.

Ebenso ist der frühere Bürgermeister von Ulanbaatar, Chuuludai B., genannt, der zumindest von 2011 bis 2013 im Zusammenhang mit der damals existierenden Firma „Strategic Mines“ auftaucht.

Der Vorgänger im Amt des Premierministers (2007 – 2009) Sandschaagiin Bajar, taucht ebenfalls in den Papieren auf: Zumindest seine Töchter sind Anteilseigner und Begünstigte einer ominösen „Gold Wellen Inc.“, die ihrerseits mit der „Homer Bonner Jacobs Inc.“ verflochten ist. „Homer Bonner Jacobs Inc.“ ist eine auf komplexe internationale Transaktionen spezialisierte Gesellschaft, die schwierigste Rechtsfragen im Interesse ihrer Klientel „regelt“. Dieses Netzwerk von Firmen ist offenbar nur dazu da, die realen Finanzströme zu verschleiern. Angeblich dient diese „Gold Wellen Inc.“ einem guten Zweck: der Mongolei Rallye 2014, die vom Mitbeteiligten Enrico della Casa als dem Vorsitzenden des italienischen Radsportverbands organisiert wurde. Weshalb aber für einen solchen Zweck eine dubiose Gesellschaft in Panama notwendig ist, ist nur schwer zu verstehen.



Brisanter als diese dubiose Verbindung allerdings scheint der Fall des früheren Sumo-Meister und Abgeordnete (2007-2012) der Demokratischen Partei Batbayar Davaa. Er ist gleich Mitinhaber von zwei Gesellschaften auf den Virgin Islands (GUMAX Inc. - ein Franchiseunternehmen für Nahrungsmittel und IMPOX Inc.) sowie einer ominösen Gesellschaft „Abros Co.“ (Ebenfalls Virgin Islands). Dort ist oder war auch Bum-Erdene Khariyu engagiert, der heute Kommissar und stellvertretender Geschäftsführer in der

Rundbrief Mongolei Mai 2016



staatlichen Finanzaufsicht ist (dem mongolischen Gegenstück zur deutschen BAFIN). Batbayar erklärte in einem Interview, er habe nie Konten im Ausland ausserhalb Japans (wo er als Sumo-Ringer tätig war) unterhalten. Zu seinen Anteilen an den beiden Gesellschaften schweigt er.

Die Suche nach dieser ominösen Gesellschaft „Abros Co.“ mit Sitz auf den Virgin Islands gestaltet sich schwierig. Keine der veröffentlichten Quellen zu den Panama Papers im Internet gibt hier nähere Auskunft.

Diese „Abros Co.“ steht mit einer Vielzahl weiterer Firmen mit der in Hongkong ansässigen Firma TOPSHANGWU in Verbindung stehen. Diese Firma TOPSHANGWU wurde 2012 umfirmiert in CSJ COMMERCIAL UNION LIMITED. Eine genauere Internetrecherche verlief ergebnislos. Als TOPSHANGWU stand sie in Verbindung mit 56 weiteren Offshore-Briefkästen.

Allerdings gibt es auch eine Briefkastenfirma „Abros Co. Limited“ mit Sitz in der Londoner City. Es ist sehr wahrscheinlich, dass an dieser Adresse LONDON, EC4V 6JA ähnlich wie in Panama Briefkästen für viele zumindest anrühige Transaktionen bereitgestellt werden. Das Verzeichnis der dort ansässigen Firmen umfasst einige Hundert Namen. Die dort ansässige „Abros Co. Limited“ wurde 1996 gegründet und stellte am 29.12.2015 ihre Tätigkeit ein.

Diese Enthüllungen kurz vor den Parlamentswahlen Anfang Juli 2016 schlagen in der Mongolei hohe Wellen, werden hierin doch mögliche Strukturen von Korruption, illegalem Kapitalexport und offener Bereicherung durch die „neuen Oligarchen“ deutlich. Zumindest die Demokratische Partei unter dem Vorsitzenden der Großen Staatsversammlung, Z. Enkhbold hat angekündigt, dass Personen, die in den Panama-Papieren genannt worden seien, nicht als Kandidaten zu den Wahlen aufgestellt würden.

Julian Dierkes kommt in seinem Blog

(<http://blogs.ubc.ca/mongolia/2016/panama-papers/>)

zu folgender vorsichtiger Schlußfolgerung:

„The greater fear in the case of Mongolia is that offshore companies are part-and-parcel of corruption schemes where shell companies and complex transactions may be used to hide the movement of funds to officials or decision-makers. That would clearly be an illegal activity, and certainly an illegitimate one. It is noticeable that a number of the records associated with individuals above point to company names that are at least inspired by names commonly used in the mining industry.“

(Die größere Befürchtung im Fall der Mongolei besteht darin, dass Offshore-Gesellschaften integraler Bestandteil eines Korruptions-Modells sind, bei dem Briefkastenfirmen und komplexe Transaktionen benutzt werden, um den Weg von Bestechungsgeldern an Offizielle oder Entscheidungsträger zu verbergen. Das wäre sicher eine ungesetzliche Aktivität und ganz sicher nicht legitim. Es ist bemerkenswert, dass eine Anzahl von Datensätzen in Verbindung mit den erwähnten Personen auf Gesellschaften zeigen, die zumindest dem Namen nach auf Bergbauaktivitäten hinweisen könnten. Übersetzung d. Verf.).

Wohlgemerkt: Die Panama-Papiere beweisen keine kriminellen Aktivitäten per se. Die dort aufgeführten Aktivitäten aber decken einen Schleier über bestimmte Transaktionen, deren Aufdeckung auch in der Mongolei dringend not tut.

Schmutzige Geschäfte um Uranmine im Ost-Aimag

Nach langen Querelen soll nun die mongolische Regierung 70 Millionen USD Schadensersatz an die kanadische Firma Khan Resources zahlen, weil sie deren angeblich rechtmäßig bestehende Lizenzen für den Uranabbau im Ostaimag kassiert und an die

Rundbrief Mongolei Mai 2016



russische Firma ARMZ neu vergeben hatte. Ursprünglich waren ein Summe von 100 Millionen USD vor internationalen Gerichten eingeklagt worden. Hintergrund dieses seit 2009 schwebenden Streits ist ein Schwenk der mongolischen Politik im Jahr 2008, als versucht wurde, den Ausverkauf der mongolischen Ressourcen in gewisser Weise zu beenden bzw. neu zu ordnen. Seit Mitte der 90er Jahre war die Mongolei ein reiner Selbstbedienungsladen für internationale Rohstoffkonzerne, die buchstäblich wie Heuschrecken in das Land einfielen. Das mongolische Bergbaurecht sei – so jubelten die Konzerne – das liberalste der Welt. Jeder, der Geld hatte, konnte hier sein Glück suchen, Steuern waren nicht zu bezahlen und Lizenzen billigst zu erwerben, wenn man nur die richtigen Leute schmierte.

2009 hatte die mongolische Regierung durch eine Neufassung des Energie-Gesetzes 51% an dem Uran-Vorkommen in Dornod übernommen und eine Kooperation mit Russland eingeleitet. 2010 weigerte sich die mongolische Regierung, die Lizenzen von Khan Resources wieder in Kraft zu setzen. Seitdem wird der Streit vor internationalen Gerichten ausgetragen. Im Sommer 2015 wurde ein Manager von Khan Resources unter ominösen Umständen tot in seinem Hotelzimmer in Ulanbaatar aufgefunden, der zur „Eintreibung“ der 100 Millionen USD geschickt worden war.

Die jetzige Einigung ist offenbar der Preis, den nun das mongolische Volk für diese schmutzigen Geschäfte beim Ausverkauf des mongolischen Reichtums bezahlen soll. Den Profit haben andere: Die, die in den Boomjahren 1995 – 2008 durch den Verkauf von Lizenzen ihre Schäfchen ins Trockene gebracht haben (und nun die Oligarchen der Mongolei darstellen), sowie diejenigen, die um 2008 die Neuordnung der Ausplünderung betrieben haben (und vermutlich auch hier ihre Hände aufgehoben haben). Möglicherweise bieten die Enthüllungen aus den Panama-Papieren erste konkrete Hinweise, wie damals Lizenzen verschoben wurden. Die damals neu an die Macht gekommen Regierung der Mongolischen Volkspartei sah offenbar ihren Wahlsieg als Eintrittskarte in den Selbstbedienungsladen für den Raub am mongolischen Volksvermögen. Die jetzige Vereinbarung kann auch gesehen werden als die Einigung zweier Räuberbanden zu Lasten der mongolischen Bevölkerung. Die Enthüllung der Panama-Papiere hat in Bezug auf die BATU Bergbaugesellschaft einen kleinen Einblick gegeben, wie dieser Raub vermutlich organisiert wurde (siehe oben).

Die 70 Millionen USD entsprechen bei drei Millionen Mongolen etwa 35 Dollar pro Kopf der Bevölkerung. Dies entspricht etwa einem Zehntel des durchschnittlichen Monatseinkommens und insgesamt etwa 2% des Staatshaushalts oder 0,6% des Bruttosozialprodukts. Umgerechnet auf Deutschland wären dies 400 Euro für jeden Bundesbürger, sechs Milliarden bezogen auf den Bundeshaushalt oder 20 Milliarden bezogen auf das Bruttosozialprodukt.

Internationale „Blauhelm“-Manöver in der Mongolei

Seit dem 22. Mai bis Mitte Juni findet in der Mongolei das regelmäßige Manöver „Khan's Quest“ mit Beteiligung der kanadischen und US-amerikanischen Armee und 14 weiteren Nationen statt. Auch die Bundeswehr ist zumindest bei den medizinischen Manövern beteiligt. Den Oberbefehl über die Manöver hat ein amerikanischer General. Diese Manöver finden seit 2003 jährlich in der Mongolei statt und dienen der Vorbereitung von globalen „friedensstiftenden Missionen“. Unter Führung der USA und gestützt auf einen Beschluss der G8 (noch mit Russland) auf dem G8-Gipfel 2004 in Georgia (USA) soll dieses Manöver insgesamt Personal für Blauhelm-Einsätze trainieren. In der jetzigen Phase II hat sich der Schwerpunkt des Programms verändert: Jetzt geht es



Rundbrief Mongolei Mai 2016

weniger um die direkte Ausbildung von „Blauhelmen“ als um die Unterstützung der beteiligten Länder, selbst derartige Kräfte auszubilden. („In Phase II, program emphasis has shifted from the direct training of peacekeepers to assisting partner country efforts to build sustainable, indigenous peacekeeping training capacity.“;

<http://www.state.gov/t/pm/ppa/gpoi/>).

Diese zweite Phase umfasst dabei 51 Partnerländer, darunter nicht nur welche im afrikanischen, sondern ebenso im asiatischen Raum in Südamerika und Süd-Ost-Europa. In der Mongolei etwa wurde das „Peace Support Operations Collaboration Center“ (PSOCC) gegründet, welches bis 2009 3.287 Peacekeeper aus Bangladesch, Kambodscha, Indonesien, Kasachstan, der Mongolei, Nepal, Pakistan, den Philippinen, Sri Lanka, Tadschikistan, Thailand, Tonga und Vietnam (sowie indirekt zahlreicher anderer) ausbildete. (zitiert nach:

<http://imi-online.de/download/TM-AUSDRUCK-10-2010.pdf>)

Von Vertretern der Friedensbewegung werden diese Initiativen und Maßnahmen sehr kritisch gesehen. Sie befürchten, dass hier verdeckt militärische Eingreiftruppen für den „Kampf gegen den Terrorismus“ ausgebildet werden, der sich immer mehr von einer Legitimation durch die UN entfernt hat.

Eike Seidel

23.5.2016

